

Medienmitteilung

Südanflüge: Optimierungsvorschläge der Regierung an das BAZL

Solothurn, 22. Dezember 2008 – Regierungsrat Walter Straumann unterbreitet dem Bundesamt für Zivilluftfahrt konkrete Vorschläge, wie die Auswirkungen der Südanflüge auf den EuroAirport Basel-Mulhouse für die betroffenen Solothurner Regionen gemildert werden können.

Seit rund einem Jahr wird die Piste 33 des EuroAirports (EAP) Basel-Mulhouse mittels eines Instrumentenlandesystems (ILS) von Süden angefliegen, wenn zu viel Nordwind herrscht. Von solchen Südlandungen ist auch der Kanton Solothurn mit dem Schwarzbubenland, dem Thal und einigen Gemeinden am Jurasüdfuss betroffen. Am 8. und 9. Dezember 2008 lud Regierungsrat Walter Straumann die Verantwortlichen des EAP zu öffentlichen Informationsveranstaltungen über die Erfahrungen mit dem ILS nach Dornach und Balsthal ein. Für die Anfang nächsten Jahres geplante Überprüfung der Optimierung des ILS 33 durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) zusammen mit der französischen Aufsichtsbehörde (DGAC) unterbreitet Regierungsrat Walter Straumann konkrete Optimierungsvorschläge.

Der Kanton Solothurn verlangt vom EAP ein Nachtflugverbot von 22 bis 7 Uhr. Zusätzlich soll eine Pistendrehung auf Süden erst dann erfolgen, wenn die Nordwindkomponente mehr als 7.5 - 10 Knoten beträgt. Bei anderen europäischen Flughäfen erfolgt eine Pistendrehung auch erst bei stärkerem Rücken-

wind als 5 Knoten. Drittens soll die Anflughöhe auf den Gleitpfad zum EAP erhöht und dazu der Anflugkorridor entsprechend angepasst werden. Viertens beantragt der Kanton Solothurn dem BAZL, Massnahmen zu prüfen, wie die diensthabenden Flugverkehrsleiter ihren Ermessensspielraum bei der restriktiven Handhabung der Umschaltung auf Südanflüge, bzw. raschmöglichst wieder zurück auf den Normalbetrieb, ausschöpfen können. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind den zuständigen Flugverkehrsleitern zur einheitlichen Anwendung vorzulegen. Schliesslich sollen mehr Auswertungen von Südanflügen (Radarkarten) ins Internet gestellt werden. Dies wäre eine unterstützende und gegenüber der betroffenen Bevölkerung und den Behörden vertrauensbildende Massnahme.

Regierungsrat Walter Straumann erwartet vom BAZL, dass die Optimierungsvorschläge zusammen mit der französischen DGAC raschmöglichst realisiert werden.